

DIENSTAG, 22. NOVEMBER 2016

Aufgerichtet 12 Meter hoch ist die Fichte, die den Fronwagplatz in der Weihnachtszeit schmücken wird. **Schaffhausen Seite 19**

Multitalent German Carlos Greull ist in vielen Sparten zu Hause. Das zeigte er in der Steiner «Kunstschür». **Stein am Rhein Seite 22**

Gestern im Rat

Vorsitz Walter Vogelsanger (SP, Beggingen)

► Der Kantonsrat hat in seiner 17. Sitzung des laufenden Jahres vom **Finanzplan des Kantons** für 2017 bis 2020 Kenntnis genommen.

► Beschlossen hat der Rat das **Budget 2017**.

Schwarze Zahlen im Jahr 2019

Die Finanzplanung der Schaffhauser Kantonsregierung geht davon aus, dass sich im Jahr 2019 erstmals nach vielen Jahren die Einnahmen- und die Ausgabenkurven wieder kreuzen werden. Allerdings blieben die Steuereinnahmen volatil, und es sei mit einem kräftigen Ausgabenwachstum in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt zu rechnen. «Dank der Sparanstrengungen der letzten Jahre sehen wir aber jetzt wieder Licht am Ende des Tunnels», sagte Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel, als sie gestern im Kantonsrat Rede und Antwort zum Finanzplan des Kantons für die Jahre 2017 bis 2020 stand. Finanzpolitiker aller Fraktionen gaben einer gewissen Erleichterung Ausdruck, betonten aber auch, dass die Unternehmenssteuerreform eine grosse Herausforderung werde. Zum ändern habe sich gezeigt, dass das fünffache Nein des Volkes zu den Sparvorlagen im Juli offenbar verkraftbar sei, wie etwa Susi Stühlinger (SP, Schaffhausen) meinte. (lbb)

Sätze zur Situation

Walter Vogelsanger (SP, Beggingen)

«Fassen Sie sich kurz, und beschränken Sie sich aufs Wesentliche.»
Ein, wie sich zeigte, gar nicht so frommer Wunsch des Ratspräsidenten zu Beginn der Budgetdebatte.

Rosmarie Widmer Gysel (SVP)

«Die Finanzdirektorin würde sich ausserordentlich freuen, heute Abend am Wilchinger Markt auf ein abgeschlossenes Budget anstossen zu können.»

Auch die zuständige Regierungsrätin hoffte auf eine speditive Sitzung. Sie kam rechtzeitig zum Markt.

Marcel Montanari (JFSH, Thayngen)

«Land in Sicht, wir sterben nicht!»
Der Geschäftsprüfungskommissions-Vize zu den finanziellen Aussichten.

Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen)

«Rechts ist nicht gleich rechts, es gibt auch halb rechts.»
Er wollte nicht mit allen Bürgerlichen in einen Topf geworfen werden.

Walter Hotz (SVP, Schaffhausen)

«Man sollte auch mal den Wirtschaftsteil in der Zeitung lesen, nicht nur die Rubrik «Unglücksfälle und Verbrechen.»»

Hotz berief sich in seinem Antrag, Nationalbankausschüttungen zu budgetieren, auf Presseberichte, wonach auch in den nächsten Jahren Millionen an die Kantone fliessen dürften.

Iren Eichenberger (ÖBS, Schaffhausen)

«Bitte treiben Sie nicht ein Kind ab, das im neunten Monat ist. Es ist ein neues Kind, und es hat erst noch den gleichen Vater.»
Zum neuen Tourismusgesetz, das noch nicht beschlossen ist.

Richard Bühler (SP, Thayngen)

«In den letzten Jahren spürten wir immer den Dolch des Entlastungsprogramms EP14 im Nacken.»

Susi Stühlinger (AL, Schaffhausen)

«Der Dolch hat mittlerweile zugestossen.»



1 Prozent der gesamten Lohnsumme steht 2017 für individuelle Lohnerhöhungen beim Staatspersonal, also etwa auch bei Lehrpersonen, bereit. Diese Massnahme der Kantonsregierung blieb gestern im Kantonsrat praktisch unbestritten. Bild Key

Löhne steigen, Steuerzuschlag bleibt

Reibungslos ist das Budget 2017 gestern durch den Kantonsrat gekommen. Der Kanton erwartet eine rote Null.

VON ZENO GEISSELER

Atemlos durch die Nacht? Nein, so schlimm, wie es die SN in ihrer Ratsvorschau befürchtet hatten, ist es bei der Budgetdebatte im Kantonsrat gestern nicht gekommen. Statt bis um 23 Uhr über Franken und Rappen zu feilschen, war das Parlament noch vor 17 Uhr mit seinen Beratungen durch. Eine Abendsitzung, in den letzten Jahren üblich, musste nicht anberaumt werden. Nur schon so hat der Rat weit über 10 000 Franken gespart.

Brauchen kann der Kanton jeden Rappen, denn für 2017 ist ein Minus geplant, wenn auch ein kleines: Ausgaben von 693,1 Millionen Franken stehen Einnahmen von 689 Millionen Franken gegenüber. Der Aufwandüberschuss

liegt bei ganz genau 4 190 900 Franken. Auf den Franken genau behaften darf man den Kanton wie immer nicht, insbesondere die Einnahmenseite ist schwierig vorherzusagen. Wer kann schon wissen, wie sich die Steuereinnahmen bei den Unternehmen genau entwickeln werden? Und ob es von der Nationalbank im nächsten Jahr wieder Geld gibt, weiss auch keiner – weshalb der Rat diese unsichere, aber hochwillkommene Einnahme gar nicht erst budgetiert hat.

Kein Referendum möglich

Zwei Punkte waren gestern besonders spannend. Zum einen die Höhe des Steuerfusses. Die Regierung und die Mehrheit der vorberatenden Kommission wollten ihn auf 115 Prozent belassen, genauer auf einem Ansatz von 112 Prozent plus einem temporären Zuschlag von 3 Prozent. Diese 3 Prozent, 2017 zum letzten Mal fällig, sollen zur Überbrückung dienen, bis alle Massnahmen aus den Sparprogrammen voll greifen. Ein Teil der SVP war der Ansicht, dass es diesen Zuschlag nicht mehr brauche, denn die Aussichten auf

sehr hohe Steuererträge seien gut. Mit 40 zu 11 Stimmen entschied sich der Rat aber für 115 Prozent wie schon für 2016.

Weil der Steuerfuss nicht verändert wurde, kann gegen dieses Budget auch nicht das Referendum ergriffen werden, der Entscheid ist also unter Dach und Fach. «Das Volk hat an der

Regierung stellte den Antrag, 1 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen bereitzustellen, je ein halbes Prozent aus Mutationsgewinnen und aus einer Zuzahlung. «So wollen wir vermeiden, dass der Kanton Schaffhausen noch weiter ins Hintertreffen gerät», sagte Widmer Gysel im Rat.



«Das Volk hat an der Urne gewisse Leistungen bestellt, diese müssen nun eben auch bezahlt werden.»

Rosmarie Widmer Gysel Finanzdirektorin

Urne gewisse Leistungen bestellt, diese müssen nun eben auch bezahlt werden», sagte Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel mit Blick etwa auf die vergleichsweise hohen Beiträge an die Krankenkassenprämien im Anschluss an die Debatte.

Keine grossen Diskussionen gab es zum zweiten wichtigen Punkt, den Löh-

Gerade bei jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahle der Kanton keine konkurrenzfähigen Löhne mehr. Insbesondere für die SP war diese Lohnmassnahme zentral. Aus dem bürgerlichen Lager meldeten zwar einige Stimmen Zweifel an dieser Massnahme an, sie kam schliesslich aber klar durch.

Anträge zum Budget Was abgelehnt wurde und was durchgekommen ist

Im Verlauf der gestrigen Doppelsitzung zum Staatsvoranschlag für 2017 sorgten einige Anträge und Fragen zu einzelnen Budgetposten für teilweise ausgiebige Debatten.

► Für die Beratung bei der **Berufswahl von Jugendlichen** mit Problemen werden 50 000 Franken ins Budget gestellt (siehe Artikel rechts).

► Abgelehnt worden ist ein Antrag, die **Gebühren bei Baubewilligungen** für Grossprojekte zu verdreifachen.

► **Schaffhauserland Tourismus** erhält auch im Jahr 2017 einen Überbrückungskredit von 250 000 Franken.

Und dies, obwohl das neue Tourismusgesetz noch nicht vorliegt. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wollte diesen Beschluss referendumsfähig machen. Der Rat entschied auf Antrag der Regierung mit 43 zu 3 Stimmen dagegen.

► Die **Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB)** an

die Kantone sollen künftig in der laufenden Rechnung budgetiert werden – dies beantragte Kantonsrat Walter Hotz (SVP, Schaffhausen). Eine grosse Mehrheit lehnte dies ab, unter anderem, weil diese Sonder-einnahmen ausserordentlich schwierig zu kalkulieren seien. Für 2015 flossen 6,4 Millionen Franken von der SNB in die Kantonkasse.

► Zu reden gab ein budgetierter Betrag von 500 000 Franken für die **Entwicklung des Klosterareals**. Die GPK wollte diesen Betrag aus der Investitionsrechnung streichen, weil unsicher ist, dass das Projekt schon 2017 in Angriff genommen wird und die veranschlagten Kosten für einen Partizipationsprozess zu hoch sind. Kantonsrat Werner Bächtold (SP, Schaffhausen) beantragte jedoch, den Betrag im Budget zu belassen – und erhielt dafür sogar Unterstützung von der SVP. Die

Streichung wurde mit 43 zu 7 Stimmen abgelehnt. Mit dem Geld sollen, so Baudirektor Reto Dubach, vertiefte Grundlagen über die Umnutzung des Areals erarbeitet werden und ein geeignetes Mitwirkungsverfahren vorbereitet werden. Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt sicherte zudem eine Kreditvorlage zum **Polizei- und Sicherheitszentrum** noch dieses Jahr zu, durch welche der Wegzug der Polizei und des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes aus dem Klosterareal Konturen annimmt.

► Fragezeichen riefen Staatsbeiträge an sogenannte **Bodenverbesserungen** hervor: Dabei geht es um Kosten von 1,6 Millionen Franken, die für ein seit Jahren geplantes Projekt im Bibertal vorgesehen sind, das vom Bund co-finanziert wird. Der Betrag verbleibt nach langer Diskussion in der Staatsrechnung. (lbb/zge)

Berufsbildung Hilfe für Jugendliche wird nicht ganz gestrichen

70 000 Franken wollte die Regierung bei der Unterstützung von problematischen Jugendlichen bei der beruflichen Integration einsparen. Damit ist sie im Parlament aber nicht durchgekommen. Linda De Ventura (AL, Schaffhausen) stellte den Antrag, gar nichts zu streichen, Philippe Brühlmann (SVP, Thayngen) schlug vor, nur 20 000 Franken abzuwickeln. Diese Variante ist angenommen worden. De Ventura argumentierte, eine fehlende Ausbildung sei der grösste Risikofaktor dafür, in der Sozialhilfe zu landen. Dies sei für den Staat viel teurer. In ihrer Haltung wurde sie von Samuel Erb (SVP, Schaffhausen) unterstützt. «Man darf die Jugendlichen nicht im Regen stehen lassen», sagte er. (zge)